



hier bald dort gewaltig angefaßt werden würde. Die Bourgeoisie hat begriffen, welche Bedeutung die Gewerkschaften für die „demokratische“ Republik haben, und daß mit dem Wegfall dieser Staatsstützen auch der Boden der demokratischen Republik entzogen ist. Diese Furcht ist keineswegs unbegründet. In Metallarbeiterstreik wird die politische Machtfrage entschieden. Wenn die Gewerkschaften in diesem Kampf geschlagen werden, so bedeutet dies den Sieg des Faschismus. Nicht umsonst haben die Nationalsozialisten sich dem Streik angeschlossen. Sie wollen beweisen, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, den allgemeinen Lohnabbau zu verhindern, daß mit gewerkschaftlichen Mitteln es nicht mehr möglich ist, dem Großkapital entgegenzutreten. Gelingt dieser Nachweis, so ist der Weg für die faschistische Diktatur gegeben. Die Nationalsozialisten werden erklären, daß sie mit ihrem Programm und ihren Mitteln das Großkapital zu Zugunsten zwingen können und zwingen werden. Die Niederlage der Gewerkschaften bedeutet die freie Hand für das Unternehmertum zum rücksichtslosen Angriff auf die Arbeiterschaft. Die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten kann diese Entwicklung nicht hindern, sondern fördert sie direkt. Es ist ganz typisch, daß die Sozialdemokraten nicht durch ihre Koalition dem parlamentarischen „Sieg“ gegen die Verbündelkandidaten Erklärung verholten haben, sondern mit Hilfe der Kommunisten und Nationalsozialisten. Diese neue Koalition kennzeichnet die gesamte Situation im Metallarbeiterstreik.

Die Gewerkschaften können aber auf Grund ihrer Struktur gar nicht den Kampf gegen das Kapital mit Erfolg durchführen, weil sie diesen Kampf nicht als politischen Kampf mit revolutionären Mitteln führen. Es hilft ihnen auch nicht die staatliche Schlichtungsmaschine, die sie bisher aus allen Situationen zerrückt hat. Der A.D.G.B. ist ganz entsetzt darüber, daß das Schlichtungswesen einseitig zugunsten der Arbeitgeber eingesetzt wird. Die Regierung hilft ihnen also nicht. Sie müssen sich selber helfen. Dabei versagen sie vollkommen. Ein parlamentarischer Korbhandel ist nicht möglich. Auf parlamentarische Mittel verzichten sie nicht anzuwenden. Der Streik ist ein durchaus disziplinierter Streik. Jede revolutionäre Bewegung wird mit Gewalt unterdrückt. Die R.G.O. spielt ein lächerliches revolutionäres Theater. Ihre Streikparole vom 6. Oktober wurde von niemandem befolgt. Nach Bekanntwerden des Schließbroschüren, welcher ein Lohnabbau ab 3. November vorsieht, gab die R.G.O. die Parole heraus: „Jetzt Streikvorbereitung bis zum 3. November.“ Die R.G.O. glaubte also noch nicht, daß die Arbeiterschaft zum Streik bereit ist. Sie wollte erst die Betriebe streikreif machen. Sie wollte erst zu beweisen, daß die Verbündelkandidaten erliegt, trotzdem ihr Bekanntheit war, daß eine bedeutend schwieriger Situation vorlag. Die Metallarbeiter gingen über diese revolutionäre Streikparole zur Tagesordnung über. Mit einer ungeheuren Mehrheit wurde zur selben Zeit, als die rev. R.G.O. drei Wochen warten wollte, der Streik von D.M.V. am Montag, den 13. Oktober, zum Mittwoch, den 15. Oktober, proklamiert. Da nun die revolutionäre R.G.O. die Führung an sich reißen wollte, wurde am Dienstag früh in Vorlauf der Arbeiterschaft sein Wille, wurde am Dienstag früh in der Roten Fabrik von R.G.O.-Kampfbroschüre mitgeteilt, daß der sofortige Streik für Dienstag früh beschlossen sei. Trotz aller Bemühungen gelang es den R.G.O.-Leuten nur in 5 Metallbetrieben mit insgesamt etwa 2500 Arbeitern die ganze Belegschaft am Dienstag herauszubekommen. Erst am Mittwoch, auf Anweisung der R.G.O. in Metallarbeiterkampf aus. So hat die R.G.O. die Urlich und Genossen „erzwungen“, den Streik zu proklamieren.

Wenn die revolutionäre Arbeiterschaft wirklich den Kampf gegen das Kapital führen will, so muß sie selbständig handeln. Weder die freien Gewerkschaften noch die R.G.O. sind in der Lage und willens, den Kampf revolutionär zu führen. Er muß aber revolutionär geführt werden, wenn die Arbeiterschaft den Überwiegung zur faschistischen Diktatur verhindern will. Sie hat nicht die Aufgabe, die Republik, die Demokratie und das Parlament vor

### Hans Irrtumns Leiden

Die nachfolgende Erzählung entnehmen wir dem Buche „Wacht auf“ von Hans Lorber. — Erschienen im Arnb.-Verlag, Berlin C.25.

Hans Irrtum war ein kleiner, blasser Kerl. Ich lernte ihn in der Zersetzungsanlage der chemischen Werke kennen. Dort standen vier beide zwischen den Kühlern, sahen auf die Manometer und bestanden die einzelnen Apparate. Aber dann hatte Hans Irrtum einmal das falsche Ventil geöffnet und es gab einen großen Skandal. Der Doktor Schwupp lief wie ein Feldherr um uns herum und schrie mit überschlagener Stimme:

„Ihre leichtsinnigen Fehler können einem Anschlag auf das gesamte Werk gleich. Das müßte Ihnen einen Prozeß machen! Verstehen Sie? — Sie?“

Hans Irrtum glaubte, daß das Gewitter vorüberziehen würde, wenn er verstande, Und darum nicht er. Aber er hatte sich grenzenlos geirrt, denn nun fing der Doktor Schwupp erst richtig an. Er holte tief Luft und kreischte dann:

„Also Sie verstehen? Nun, das ist ja entsetzlich! Sie sind sich über Verbrechen Ihrer leichtsinnigen Untat bewußt! Oh, Sie sind abgibt! — Sie besitzen eine Unlust gemeinster Verantwortungslosigkeit. Sie, Sie! — Aber warten Sie, ich will Ihnen jeden weiteren Zersetzungsplan von vornherein unmöglich machen! Sie hören hier! Solche Leute kann ich als verantwortlicher Leiter des Betriebes nicht gebrauchen!“

Schließlich flogen wir auch und kamen in einen anderen Betrieb, wo wir so recht bestraft waren. Da standen wir in der Eisenbahnwerkstatt. Die Eisenbahnwerkstatt. Es war eine jämmerliche Arbeit! Das Salz schmeckte bei der geringsten Erwärmung und es in keinen Staub auf unsere von der Arbeit erhitzten Körper fiel, hatten wir viel zu leiden. Das Gesicht brannte wie Feuer und die Augen stachen das dazwischen. Die Kleidung klebte, von der lächelnden, leuchtenden Masse durchsetzt, fest an unserem Leibe. Aber am schlimmsten wurde es doch mit den Händen; sie könnten den schlüpfrigen Schaufelstiel nicht halten und rieben sich wunde und blutige Hände an sie. Wir persenneten und sprangen auf, wenn sie trocken wurden. Das war ein Jammer!

Hans Irrtum meinte, wir würden in solcher Qual nicht lange bleiben und sie müßten uns bald andere Arbeit geben. Doch er irrte sich, wie schon so oft.

Das verging eine Woche, ein Monat, ein halbes Jahr, und wir standen noch immer in der Eisenbahnwerkstatt und schaufelten Salzpatz. Es schien, als wollte man uns wüßig androhen. Und ich war davon überzeugt, wir würden nach einem weiteren halben Jahre eines Tages tot im Salze liegen.

dem Faschismus zu retten, weil die Republik durchaus faschistisch ist und faschistisch bleiben will. Sie muß ihren eigenen Weg als Klasse gehen. Der Sieg über den Faschismus kann nur als Sieg über die Bourgeoisie errungen werden.

### Sozialistische Rundschau

#### Wieder der Moloch Profl

Nicht allzulang ist es her, daß 150 Bergarbeiter in Neurode anlässlich einer Grabenkatastrophe den Tod fanden. Und jetzt meldete die Kundes aus Westdeutschland, daß das Aachener Kohlenrevier der Schaulpatz einer furchtbaren Bergwerkskatastrophe wurde. Der Wühlmeister nach dem Eschweiler Bergwerksverein gehörigen Grube Anna II in Aalbert bei Aachen ist infolge einer gewaltigen Explosion eingestürzt. Nicht weniger als 231 Bergproleten sind bis zum Druck unserer Presse ein Opfer dieser Katastrophe geworden. Wenn der Leser unser Zeitung diese zu Gesicht bekommt, dürften es noch weit mehr sein. Nach abgeklammerter Art versucht die gesamte bürgerliche Meute wie üblich von der wirklichen Ursache der Katastrophe abzulenken. Aber unweilhaft ist auch hier die Ursache in schlagenden Worten zu suchen. Das bekunden bereits die Aussagen der dort tätigen Bergarbeiter.

Das gesamte Bürgertum fällt wie immer bei solchen Gelegenheiten in „Menscheneinfühligkeit“ und organisiert einen heuchlerischen Trauertummel. „Schwarze Fahnen über Deutschland“, so orakelt die gesamte bürgerliche Pressejournalistik. Während in den Parlamenten die „Volksvertreter“ dabei sind und beratscheln, wie man die Lohnabbau wie damals bei der Krise des Panzerkreuzers alle Wahlparolen in die Kammer geworfen. Und diese Zustimmung zum Brüning-Programm verkündet man in bewährter demagogischer Weise, so daß damit die Interessen der Arbeiterklasse gar nicht berührt werden sind.

Aber keine geringere als die bürgerliche Presse selbst entwarf diese Demagogie der SPD, und bringt zum Ausdruck — mit Hohn und Spott auf die SPD, daß sie sich entschieden für die Notwendigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. So schreibt das Regierungsjournal, die „Germania“: „Die hinter dem Kabinett stehenden Parteien haben zusammengelassen und die Sozialdemokratie hat in Erkenntnis der schweren politischen Lage eine Haltung eingenommen, die höchste Anerkennung würdig ist.“

### „Notopfer“ der „Volksvertreter“

#### Herr Löbe verzichtet auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung.

Die SPD versucht auf alle nur erdenkliche Art und Weise, den Arbeitern noch zu imponieren. Und sie posante in alle Welt hinaus, daß wenn schon die Arbeiter während dieser schweren Wirtschaftskrise Opfer bringen müssen, die auch von allen anderen „Volksvertretern“ geschieden müßten. Die „neugewählten „Volksvertreter“ sind nun nach der „eroberten Schlacht“ am 14. September in das Haus „Für das deutsche Volk“ einzog. Und die Sozialdemokratie hatte dann ihren Antrag bei der Handlung des Abgeordneten bis zu weiteren 12 Prozentsatz die Diktatur zu kürzen. Das gesamte „hohe Haus“ begriff die Zeichen der Zeit und alles trug einstimmig dem Antrag der SPD Rechnung. Herr Löbe als Präsident des Hauses ging sogar soweit, auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung zu verzichten.

Mit dieser Aufwandsentschädigung verhält es sich folgendermaßen: Neben einer freien Dienstwohnung hat Herr Löbe zunächst seine Abgeordnetentätigkeit in jeder anderen Abgeordnete — und dieser neue Anschlag hat dahingehend seine Auswirkungen für das Parlament, daß Anfang November 500 000 Kriensunterstützte von ihm betroffen werden; und hinzu kommt, daß 60 000 Arbeitslose auf dem abendlichen Abgang am 15. September 1930 Kriensunterstützung erhielten, weil sie keine Anwartschaft auf Unterstützung aus der Versicherung erreichten, jeder Unterstützung bebaut, was die Krienskräfte so eine „Neuregelung“ der Wohlfahrtsunterstützungen kommen.

Entgegen „seinem Wunsche“ nahm der Reichstag einen Antrag an, die Aufwandsentschädigung um das Doppelte zu erhöhen, so daß die Verlächer der Diktatur betrug. Für diesen Antrag stimmten auch die „Kommunisten“. Er hatte mit ihm das nette Sümchen von nicht weniger als 30 000 Mark. Jetzt, wo die Eröffnungsschlacht stattfand, hielten die „Erneuerer“ Deutschlands die Braunen den Hiliten dem Manne die 30 000 Mark vor. Aber Herr Löbe brachte zum Ausdruck, daß diese Aufwandsentschädigung fast für Repräsentationspflichten draufzuge, und wenn dieser gutsituierte Herr sich die Geste erlaube, daß er auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung für die Zukunft verzichten werde, so ist das billig; denn er wird dann eine weniger repräsentieren. Ebenso können sich die übrigen „Volksvertreter“ den Luxus erlauben und sich 20 Prozent ihrer Diktatur vornehmen lassen, denn der größte Teil hat sich bekanntlich noch ganz erprießliche Nebeneinkünfte, sind sie doch noch Aufsichtsräte und andere Dinge mehr.

### SPD, „höchster Anerkennung würdig“

#### Die bürgerliche Presse zur Rettung Brüning durch die SPD.

Am 18. Oktober hat die SPD, gemäß der Ankündigung Häufiges auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD, daß es gilt, die Brüning-Regierung zu tolerieren, die Brüning-Regierung mit ihrem Programm von Notwendigkeiten usw. erstellt. Sie hat ebenso wie damals bei der Krise des Panzerkreuzers alle Wahlparolen in die Kammer geworfen. Und diese Zustimmung zum Brüning-Programm verkündet man in bewährter demagogischer Weise, so daß damit die Interessen der Arbeiterklasse gar nicht berührt werden sind.

Die SPD versucht auf alle nur erdenkliche Art und Weise, den Arbeitern noch zu imponieren. Und sie posante in alle Welt hinaus, daß wenn schon die Arbeiter während dieser schweren Wirtschaftskrise Opfer bringen müssen, die auch von allen anderen „Volksvertretern“ geschieden müßten. Die „neugewählten „Volksvertreter“ sind nun nach der „eroberten Schlacht“ am 14. September in das Haus „Für das deutsche Volk“ einzog. Und die Sozialdemokratie hatte dann ihren Antrag bei der Handlung des Abgeordneten bis zu weiteren 12 Prozentsatz die Diktatur zu kürzen. Das gesamte „hohe Haus“ begriff die Zeichen der Zeit und alles trug einstimmig dem Antrag der SPD Rechnung. Herr Löbe als Präsident des Hauses ging sogar soweit, auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung zu verzichten.

### Die Frazz der „linken“ SPD.

Nach der Wahl war das Geschrei der „linken“ Sozialdemokraten um Seydewitz und Genossen: Aber jetzt unter allen Umständen verstärkte Opposition. Unter keinen Umständen Duldung der Brüning-Regierung mit ihren Notverordnungen, Lohnabbau zwar 750 Mark monatlich. Bis 1927 Oktober malte die „Planer Volkszeitung“ folgendes Gespenst an die Wand, wenn die SPD für die Regierung Brüning stimmt. Sie schrieb: „Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Vergangenheit, ihr ganzes

### Oeffentliche Versammlung

Nowawes, am Freitag, den 31. Oktober 1930, abends 7,30 Uhr. Lokal: Otto Gebauer, Wallstraße 62.

Thema: Wirtschaftskatastrophe. — Wo ist der Ausweg? K.A.P. A.A.U.

Wesen verlegten, wenn sie auf die Plattform dieses Brüningsschen Diktaturprogramms treten würde. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemokratischen Partei bedeuten würde. Wenn etwa Sozialdemokratie dieses Regierungsprogramm schlucken würde, ganz gleich, ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur durch Tolerierung, dann bräuhete sich Adolf Hitler nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob er auf dem kralen Wege zur Herrschaft kommen würde. Die Zustimmung zu diesem Brüning-Programm müßte in der Partei wie Sprengpulver wirken.“

Und der 18. Oktober kam mit ihm die Zustimmung der SPD für Brüning und sein Programm. Aber das Entscheidende ist, nicht nur die Hillerding, Müller, Wels und Genossen, die sogenannten „Rechten“ stimmten für Brüning, nein, auch die „Linken“ waren dabei, obwohl kein Fraktionszwang bestand. Und von dieser „Selbstmord“ der SPD machte man mit, wie sich der „linke“ Seydewitz im „Sächsischen Volksblatt“ beliebt auszudrücken, um die Aktionsfähigkeit (?) der Partei — für welche Aktionen dem überlassen — nicht zu fällen.

Das ist nicht nur dem wenn alle Stränge rissen, gingen sie immer mit dem Parteivorstand durch dick und dünn. Abermals ist ihre grenzenlose Verlogenheit gründlich entharrt. Wieder ist bewiesen worden, daß die radikale Parole nur dazu gebraucht, um die oppositionellen Energien unter den Mitgliedern anzufachen.

Der Sturm der Mitglieder der SPD, kam sich daher nicht nur gegen die Hillerding und Co. richten, sondern ebenso gegen die sogenannten „Linken“, die sich für Brüning und die Sozialdemokratie in die Erkenntnis der schweren politischen Lage eine Haltung eingenommen, die höchste Anerkennung würdig ist.“

### Weiterer Abbau der Kriensvorsorge

Entsprechend der Ankündigung Brüning in seinem Finanzprogramm, daß die Kriensvorsorge einer „Reform“ unterzogen werden soll, wird nun diese „Reform“ Tatsache. Am 11. Oktober hat der Reichstag den Kriensvorsorge unter neue Vorschriften erlassen, die mit dem 3. November in der Kriensvorsorge in Kraft treten sollen.

Um seine wirklichen Absichten zu verschleiern, erklärt man: „mit Rücksicht auf die heillosen Kriensvorsorge, die Arbeitsmarktes soll die Kriensvorsorge in Zukunft wieder den Angehörigen aller Berufsgruppen gewährt werden.“

Aber jetzt kommt der Pferdetoll. Ganz nach dem Vorbild von Wiesel ordnet Herr Brüning an, daß alle Erwerbslosen unter 21 Jahren keine Kriensvorsorge erhalten. Stegarwald schreie auch nicht dazu zurück, die gesetzlichen Bestimmungen des A.V.G. außer Kraft zu setzen. So ordnet er an, daß in Zukunft nur die Arbeitslosen unter 21 Jahren die Kriensvorsorge erhalten. Und das ist ein Verstoß gegen die Verträge, die man bei der Erwerblosenversicherung ausgesetzt sind, und es müssen bei Zulassung solcher Ausgesetzten die neuen Vorschriften des A.V.G. auf Grund der Notverordnungen vom 26. Juli erfüllt sein. heißt, die Arbeitslosen müssen, um Unterstützung aus der Versicherung zu beziehen, 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten 18 Monate vor der Arbeitslosigkeit nachzuweisen können. Im Gegensatz dazu bestimmt 2. B. der § 10f des A.V.G. daß auch solche Erwerblose Kriensunterstützung beziehen können, „die die Anwartschaftszeit nach § 9 nicht erfüllt haben, aber in der dort bezeichneten Frist wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung geblieben sind.“

Auch sieht die neue Verordnung vor, daß die Dauer der Unterstützung auf 12 Wochen — bei über 40 Jahre alten Personen auf 45 Wochen herabgesetzt wird. Dann heißt es weiter: „Nur wirklich Bedürftige sollen Unterstützung, wie sie der Not der Zeit entsprechen, erhalten.“

Demnach wird demnach ausgesprochen, daß erstens die Bedürftigkeitsprüfung weit schärfer als bisher in Anwendung gebracht werden soll, und auch die bisherigen Unterstützungsätze herabgesenkt werden sollen. Zweitens wird die Unterstützung durch das Parlament, daß Anfang November 500 000 Kriensunterstützte von ihm betroffen werden; und hinzu kommt, daß 60 000 Arbeitslose auf dem abendlichen Abgang am 15. September 1930 Kriensunterstützung erhielten, weil sie keine Anwartschaft auf Unterstützung aus der Versicherung erreichten, jeder Unterstützung bebaut, was die Krienskräfte so eine „Neuregelung“ der Wohlfahrtsunterstützungen kommen.

Brutal schleudert die Bourgeoisie die große Zahl der überflüssigen innerhalb dieser letzten 12 Wochen ab. Und so werden das Parlament, indem diese Brocken zur Vernichtung von Millionen seiner Klassengenossen so ohne weiteres hin. Die Hundemund der Proletariat ist zum Schreien.

### Ein neuer „Fortschritt“ im Lande der Dollarsonne

Mit welcher schrankenloser Brutalität die herrschende Klasse alle Errungenschaften der Technik zur Niederhaltung i e d e n Oebers anzuwenden gewillt ist, zeigt folgende Schilderung der revolutionären Proletariat eindringlicher als alle theoretischen Abhandlungen es vermögen. Sie strahl aber auch zugleich alle Propheten liegen, die nicht müde werden, dem Proletariat mit den Segenswörtern der bürgerlichen Demokratie als wackleres Programm in sich tragen. Nur Frage ist, ob sie sich auch zu realisieren lassen.

Hans Irrtum schüttelte den Kopf.

„Also sorgen wir dafür, daß wir bald dazu gehören!“

Da nickte Hans Irrtum froh und sagte:

„Recht hast du schon. Aber es wird auch noch schwer werden, für unsere Freiheit zu kämpfen, es muß da jeder nichts seinen Mann stehen, wenn es etwas werden soll.“

Zum ersten Male hatte er nicht gezögert.

Dann gingen wir in eine öffentliche Versammlung. Ein breitschultriger Mann sprach über den Kampf in den Betrieben. Er sagte, daß nur dann eine Befreiung der Arbeiterklasse zu verstehen, durch welche Zeugen in unserem Fall 53 Personen — der Hinrichtung zusehen konnten. Wichte wurde in dieser Kammer auf einen Stuhl gesetzt. Auf dem Boden vor ihm stand eine Schale, ein Behälter mit etwa einem Dutzend Ein-Unzen-Tabetten Cyanalkali war so aufgestellt, daß sowie von außen an einer Schärz gegen die Entwicklung bringen müßten.

Ein Bowle-Stethoskop wurde an der großen Brustgegend über der Herzstelle angebracht, die Herz- und Lungenzeitigkeit einer Untersuchung unterworfen. Während man den Gefangenen an dem Stuhl befestigte, wurde das zu den Ohren des Gefangenen in die Kammer besichtigenden Arztes führende Rohr mit dem Stethoskop verbunden.

Dies war um 4,36 Uhr morgens. Die Herzschlag betrug in diesem Augenblicke 108, war stark und regelmäßig. Die Gassen-

### Die Krise des Völkerbundes

#### Die Krise des internationalen Kapitalismus

Fast den ganzen vorigen Monat hindurch fanden in Genf Beratungen imperialistischer Politiker statt. Sie hatten die verschiedensten Namen: Paneuropa-Konferenz, Völkerbundsrat, Völkerbundtagung, Sitzungen der ersten, zweiten, dritten, vierten und fünften Kommission des Völkerbundes. Alle trugen sie das Sietzen großer Verschärfung der internationalen Widersprüche, die während einer Krise das bestimmende Moment in der Entwicklung internationaler Beziehungen ist. Der Völkerbund war vom ersten Tage seiner Existenz an nicht imstande, sein wahres imperialistisches Antlitz zu verbergen, es gelang ihm aber immerhin, eine gewisse äußere Form zu wahren. In diesem Jahre jedoch hatten sogar die geschicktesten pazifistischen Kommoden keinerlei Erfolg. Die Krise des Völkerbundes, die die Krise des gesamten kapitalistischen Systems und seiner Institutionen offenbart, ist die wichtigste Erscheinung nicht nur für die Bewertung internationaler Beziehungen, sondern auch vom Standpunkt des innerpolitischen Kampfes in den Ländern des Kapitals.

Die Propaganda des „organisierten Kapitalismus“, der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit, ist für die Bourgeoisie und die II. Internationale ein überaus wesentliches Werkzeug des Massenbetriebs, dazu dienend, die Massen von unmittelbaren Klassenkampf zurückzubringen. Während der ganzen Nachkriegszeit war die zentrale Lösung der Sozialdemokraten: „Nachrichtliche Zusammenarbeit der Völker“. Die wichtigste Stütze bei der Propaganda dieser Lösung war die Darstellung des Völkerbundes als vielversprechender Anfang, auf dessen Basis dereinst das Werden des allgemeinen Friedens und der Abrüstung errichtet werden würde. Die Septembertagung des Völkerbundes gibt ausgerechnete Material, die ganze Verlogenheit der pazifistischen Illusionen, die ganze Hoffungslosigkeit der Erwartungen auf ein friedliches

**Solidaritätsanfrage.**  
Zur Unterstützung der am Berliner Streik der Metallarbeiter beteiligten Genossen wird eine Reichsumlage in folgender Höhe ausgeschrieben: für die 42. Woche 1,— Mk., für die 43. und 44. Woche je 2,— Mk. Alle erhobenen Umlagen sind unverzüglich abzurechnen.  
Genossen, mit Solidarität. R.A.A.

Zusammenleben der kapitalistischen Staaten zu entlarven. Die Entwicklung der Wirtschaftskrise und der internationalen Konkurrenz entwertet die kostspieligen Ausgaben, die mit den pazifistischen Manövern und Gesten verbunden sind, in den Augen der Imperialisten ganz beträchtlich. Wenn ein unerbittlicher Kampf auf der Tagesordnung steht, wenn die entscheidende Auseinandersetzung immer näher rückt, wird es immer schwieriger, die wirkliche Lage der Dinge hinter inhaltlosen Resolutionen und nebelhaften juristischen Formulierungen zu verdecken.

Diesmal erlitten dem auch im Völkerbund ganz ungewöhnliche Reden. Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ schildert die Stimmung in Genf so, daß dort auf neue viel von Frieden geredet worden sei, man habe jedoch auch vom Krieg gesprochen. Halblaut, mit beruhigenden Gesten zwar, aber immer in einem Tone, der davon zeugte, daß man die heraufziehende neue-europäische Katastrophe als überaus reale Möglichkeit betrachtete. Man habe auch von anderen ernsten Gefahren der sogenannten horizon Ordnung geredet, klarer und unvorsichtiger, als dies sonst der Fall ist, und dabei Wörtchen gebracht, „die Karl Marx hätte als Bestätigung seiner Theorie der Krise des Kapitalismus ansehen können.“

Welches sind jene grundlegenden Widersprüche im Lager der Imperialisten, die den Hauptinhalt der Kämpfe und Intrigen während der letzten Tagungen des Völkerbundes bildeten? Die erste Gruppe dieser Widersprüche sind die Gegensätze zwischen den Ländern, die an der Erhaltung des Kräfteverhältnisses nach Versailles interessiert sind, und den Ländern, die bestrebt sind, dieses Kräfteverhältnis zu ändern. Schon vor Einberufung der Paneuropa-Konferenz und vor Beginn der Völkerbundtagung sprachen bürgerliche Politiker sowohl in Italien als auch in Deutschland von der Notwendigkeit, den Versailler Vertrag zu überprüfen. Im Zusammenhang mit dem Paneuropa-Projekt hielt er der italienische Faschismus für nötig, dem französischen Imperialismus seine Rechnung zu präsentieren. Italien, das für eine Neuverteilung der Kolonien kämpft, ist bestrebt, Frankreichs Position auf dem europäischen Kontinent zu schwächen. Im Hinblick auf dieses Ziel stellen die italienischen Politiker die Frage ganz offen, die Anzahl von Bestimmungen des Versailler Vertrages einer Korrektur zu unterziehen. Italien erklärt sogar seine Bereitschaft (wenn auch nur zum Zwecke der gegenseitigen Frankreich), die deutschen Ansprüche auf eine Korrektur der Versailler Beschlüsse zu unterziehen. Was Deutschland betrifft, so zeugt schon der Auszug der Reichstagswahlen deutlich genug vom Anwachsen der Aktivität jener Elemente in der deutschen Bourgeoisie, die besonders aggressiv sind. Wie bekannt, machte er der konservativen Führer, Trevirans, die Forderung auf Korrektur der Ostgrenzen Deutschlands zur Hauptgesichtspunkt während der Wahlperiode. Geiß, nach den Wahlen redeten die Faschisten vom „Überwiegenden der innerpolitischen Fragen über die Fragen der Außenpolitik. Und sie stellen es sich infolgedessen zur Aufgabe,

welche die Krise im Völkerbund ganz offen, die Anzahl von Bestimmungen des Versailler Vertrages einer Korrektur zu unterziehen. Italien erklärt sogar seine Bereitschaft (wenn auch nur zum Zwecke der gegenseitigen Frankreich), die deutschen Ansprüche auf eine Korrektur der Versailler Beschlüsse zu unterziehen. Was Deutschland betrifft, so zeugt schon der Auszug der Reichstagswahlen deutlich genug vom Anwachsen der Aktivität jener Elemente in der deutschen Bourgeoisie, die besonders aggressiv sind. Wie bekannt, machte er der konservativen Führer, Trevirans, die Forderung auf Korrektur der Ostgrenzen Deutschlands zur Hauptgesichtspunkt während der Wahlperiode. Geiß, nach den Wahlen redeten die Faschisten vom „Überwiegenden der innerpolitischen Fragen über die Fragen der Außenpolitik. Und sie stellen es sich infolgedessen zur Aufgabe,

Die Atmung war während der ganzen Zeit nach der ersten Inspiration homöopathisch und unregelmäßig.

Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß der Gefangene nach dem ersten tiefen Atemzug bewußtes war. Der Kopf war nach hinten geschoben und blieb bis zum fünften oder sechsten Atemzug in dieser Stellung — etwa für zwei Minuten; — dann fiel er nach vorn, und eine weitere Kopfbewegung fand nicht mehr statt.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines „Indizienbeweises“ wegen Mordes. Nach der Verurteilung bat der Gefangene um hinstellen geschehen und blieb bis zum fünften oder sechsten Atemzug in dieser Stellung — etwa für zwei Minuten; — dann fiel er nach vorn, und eine weitere Kopfbewegung fand nicht mehr statt.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines „Indizienbeweises“ wegen Mordes. Nach der Verurteilung bat der Gefangene um hinstellen geschehen und blieb bis zum fünften oder sechsten Atemzug in dieser Stellung — etwa für zwei Minuten; — dann fiel er nach vorn, und eine weitere Kopfbewegung fand nicht mehr statt.